

AfD Fraktion im Rat der Stadt Hagen



AfD-Fraktion Hagen, Rathausstr. 11, 58095 Hagen

Herrn Oberbürgermeister
Erik O. Schulz
- im Hause -

Telefon: 02331-207 2129

E-Mail: fraktionsgeschaeftsfuehrung@afd-hagen.de

Aktenzeichen: 22.08.2024_RAT_07

Hagen, 20.08.2024

Situation der Brücken im Stadtgebiet - Sachantrag

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

gemäß § 16 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Hagen bitten wir um die Aufnahme des Sachantrages zum TOP 5.2 in Verbindung mit TOP 3.1.

Die im Sachantrag der HAK enthaltenen fünf Punkte sind grundsätzlich zustimmungswürdig, jedoch bitten wir, weitere Punkte mit zu berücksichtigen.

Die Verwaltung wird gebeten, folgende Änderungen im Straßenverkehr in Hagen zeitnah umzusetzen:

1. Die Einbahnstraßenregelung in der **Hochstraße** wird wieder aufgehoben.
2. Die Einbahnstraßenregelung in der **Frankfurter Straße** wird wieder aufgehoben.
3. Die in der Vorlage 3.1 für die 44. KW angekündigten **signaltechnischen Anpassungen** werden unverzüglich beauftragt und durchgeführt. Eine Planung erst ab Ende Oktober ist nicht nachvollziehbar.
4. Die Planungen für die **Bahnhofstraße** (Radverkehr, Spuränderungen usw.) werden bis auf weiteres auf Eis gelegt.
5. Die zweite Linksabbiegerspur am **Emilienplatz Richtung Finanzamt** wird unverzüglich wieder freigegeben.
6. Die Abbiegemöglichkeit von der **Körnerstraße** in die **Hindenburgstraße** Nähe Arbeitsagentur ist wieder herzustellen.
7. Die **Körnerstraße** ist ab **Sparkassenkarree** in Richtung Rathaus und Kreisverkehr wieder für den Autoverkehr in Richtung Kreisverkehr neben dem Busverkehr freizugeben mit Tempo 20, um das Nadelöhr hinter dem Sparkassenkarree zu entlasten.
8. Die Verwaltung erweitert die **Be- und Entladezeiten** in der Innenstadt, damit Zulieferern nicht bei unverschuldeter Verspätung durch den Rückstau die Einfuhr verboten ist.

Sollte die Verwaltung im Einzelfall absolute Hinderungsgründe sehen, so sind diese bitte „hieb- und stichfest“ so zu begründen, dass sie nachvollziehbar sind und einer späteren Überprüfung standhalten. Leichte technische Änderungsvorschläge der Verwaltung sollen, wenn sie den Vorschlägen nicht zuwider stehen, möglich bleiben.

Begründung:

Die Situation der Brücken hat sich in kürzester Zeit dramatisch verschlechtert. Wurden Anfragen zum Zustand der Brücken noch bis vor kurzem abgetan, so hat die Wirklichkeit bereits alle eingeholt.

So wird der SIHK-Präsident Ralf Stoffels in der WP vom 20.08.2024 unter anderem mit der Mahnung zitiert, dass „tragfähige und kreative Lösungen von der Stadtverwaltung eingefordert werden müssen, deren Umsetzung zeitnah und kurzfristig erfolgen müsse.“

Wir können diese Forderung nur unterstützen und fordern ebenfalls ein Notfallszenario, wie es in Krisensituationen immer erforderlich ist.

Dabei darf sich die Verwaltung auch nicht auf vermeintliche Hemmnisse und Hindernisse berufen, dass z. B. ab 2026 nicht nur die heute gültigen Grenzwerte von 40 Mikrogramm/m³ für NO₂ und Feinstaub (PM₁₀) eingehalten werden müssen, sondern auch die der neuen Luftqualitätsrichtlinie der EU (20 Mikrogramm/m³).

Wir schreiben erst das Jahr 2024, also ist jetzt sofort zu handeln. Bis 2026 sind es noch 2 Jahre. Wir können als Verwaltung und Politik nun zeigen, dass wir sofort handeln. Der Bürger wird nicht das geringste Verständnis haben, wenn nicht sofort Gegenmaßnahmen erfolgen. Die Lage ist angespannt!

In der UKM-Sitzung vom 07.05.2024 wurde unter TOP 6.3.1 von Herrn Keune angemerkt, dass man sich nicht gegen die Öffnung der Finanzamtsschlucht für LKW sperre. Durch die „Verbesserung der Luftwerte könne man gewisse Einschränkungen wie die Sperrung der zweiten Linksabbiegespur gegebenenfalls aufheben.“ Das sollte jetzt sofort geschehen.

Insgesamt müssen die meisten Maßnahmen der sogenannten Mobilitätswende wieder zurückgeschraubt werden, bis die Verkehrssituation durch Baumaßnahmen wieder entschärft ist. Das betrifft nicht nur einige wenige „Ausweichstrecken“. Die Aufnahmekapazität aller Strecken ist zu erhöhen. Nur so lässt sich der Verkehrskollaps abwenden. Die Verkehrsbelastung darf nicht einigen wenigen Anwohnern aufgebürdet werden. Es muss eine großflächige Ausweichmöglichkeit geschaffen werden, die eine weitere Konzentration an wenigen Stellen vermeidet.

Es geht nicht in erster Linie um den Individualverkehr, es geht um die Abwendung erheblicher volkswirtschaftlicher Schäden (Pendelzeiten der Arbeitnehmer, Warenanlieferung usw.)

Wir können uns als Stadtpolitiker weitere finanzielle Schäden für diese Stadt nicht leisten und appellieren daher an den überparteilichen Sachverstand mit der Bitte um Zustimmung zu unserem Antrag.

Mit freundlichen Grüßenn

Michael Eiche
Fraktionsvorsitzender

Karin Sieling
Fraktionsgeschäftsführerin